

# Entweder rot oder tiefrot

Nach dem Nein zur Lohnkürzung verflüchtigt sich die Chance für ein ausgeglichenes Winterthurer Budget

Mit seinem Nein zu einer linearen Lohnkürzung hat der Winterthurer Gemeinderat am Montagabend den Budgetentwurf rot eingefärbt. Das Defizit wird jetzt auf 15 Millionen Franken veranschlagt – eine Steuererhöhung würde es halbieren.

Florian Sorg

Die Aussichten auf einen ausgeglichenen Winterthurer Voranschlag sind verfliegen. Nachdem der Gemeinderat am Montagabend eine zweiprozentige Lohnkürzung abgeschmettert hatte, musste Finanzvorsteherin Yvonne Beutler (sp.) für die Budgetpräsentation vom Folgetag die Unterlagen um die Zeile «neu mit Defizit» ergänzen. Vor der Ratsdebatte stand darin noch eine schwarze Null. Jetzt fehlen 7 Millionen Franken – mindestens. Kippt der Gemeinderat im Dezember auch noch die beantragte Steuerfusserhöhung um 3 auf 125 Prozent, verdoppelt sich der Fehlbetrag sogar.

Das kommende Defizit lässt Winterthur tief ins Eingemachte greifen. Das Eigenkapital beträgt rund 30 Millionen Franken, bei Einnahmen und Ausgaben von bereinigt je rund 1,25 Milliarden Franken. Beutler betonte am Dienstag vor den Medien, der Stadtrat halte weiterhin am Ziel einer grundlegenden Haushaltsanierung fest, auch wenn sich die Situation erneut verschärft habe.

## Dynamik nur beim Aufwand

Der Blick in die Produktgruppen offenbart eine weiterhin starke Dynamik auf der Aufwandsseite. Am meisten ins Gewicht fallen im steuerfinanzierten Bereich Soziales (plus 9 Millionen Franken), Schule (plus 4,4 Millionen Franken), Alter und Pflege (plus 3 Millionen Franken) sowie Polizei (plus 1,8 Millionen Franken). Im Sozialbereich fallen weniger die Fallzahlen ins Gewicht als die Tatsache, dass der Anteil von Langzeit-Bezügern ungebremst ansteigt. Laut Beutler verliert eine wachsende Zahl von Personen die Chance auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt, die meisten davon aufgrund ihres Alters oder ihres tiefen Ausbildungsstandes. Bei der Ablösung der Vormundschafsdurch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde hat auch Winterthur den Aufwand unterschätzt, budgetiert sind nun 6,6 neue Stellen (2,5 davon befris-



Winterthur hat keinen See, nur Teiche. Auch bei den Finanzen muss sich die Stadt bescheidener geben.

ADRIAN BAER / NZZ

tet). Im Schuldepartement schlagen vor allem Bevölkerungswachstum und Lohnentscheide des Kantons durch, während sich bei Alter und Pflege Modalitäten der Pflegefinanzierung sowie der geplante Bezug des sanierten Zentrums Adlergarten bemerkbar machen. Die Verteuerung der Stadtpolizei schliesslich hat ihren Hauptgrund in der Aufstockung des Korps um 14 auf 217 Stellen bis zum Jahr 2016: Der Entscheid fiel im Herbst 2012 an der Urne.

## Umzug in den Superblock

Als einmaliger Sondereffekt verteuert sich gegenüber dem Vorjahr der Bereich Immobilien, hier fallen die Umzugskosten in die neue Verwaltungszentrale Superblock mit vorübergehenden Leerständen in den frei werdenden Verwaltungsräumen in Alstadthäusern zusammen; diese müssen vor einer Vermietung mindestens minimal saniert werden. Zudem rechnet die Stadt für 2015 laut Beutler mit tieferen Verkaufserlösen aus Liegenschaften: «Man kann kein Haus ein zweites Mal verkaufen.»

Während die Kosten für die Gruppen Sport und Bau praktisch konstant bleiben sollen, ist bei der Kultur für das kommende Jahr eine Kompensation der Mehrausgaben durch zusätzliche Einnahmen budgetiert.

## Kaum Lichtblicke beim Ertrag

Die ausgleichende Dynamik auf der Ertragsseite fehlt. Bei gleichbleibendem Steuerfuss prognostiziert das Winterthurer Steueramt trotz Bevölkerungswachstum keine Mehrerträge, eine Rolle spielen hier auch der Ausgleich der kalten Progression sowie die zusätzlichen Kinder- und Familienabzüge. Wird der Steuerfuss wie vom Stadtrat beantragt um 3 Prozentpunkte erhöht, so wird mit einem Mehrertrag von rund 7,5 Millionen Franken gerechnet.

Gute Nachrichten kommen für einmal aus Zürich. Um 6,6 Millionen Franken steigt der Ressourcenausgleich, weil einerseits die Einwohnerzahl gewachsen ist und andererseits die Finanzkraft weniger stark angestiegen ist als im kantonalen Durchschnitt.

Der Stadtrat sieht das Budget 2015 als Teil eines dreistufigen Sanierungskonzepts. Mit einer schwarzen Null wollte er sich für die Arbeit am mittelfristig ausgelegten und schonungslosen Entlastungsprogramm Balance Zeit verschaffen; diese ist nun durch den faktischen Angriff des Gemeinderats auf das Eigenkapital knapp geworden. Als drittes Element soll die gesamte Finanzstrategie überarbeitet werden.

## Investitionsplan gestreckt

Der Investitionsplan wird gestreckt, das realisierte Volumen soll von 80 auf 60 Millionen Franken sinken. Die Stadtpolizei wird sich mit der unpraktischen Romantik der Bädermoschee in der Altstadt noch länger abfinden müssen, der Bau des neuen Polizeigebäudes (80 Millionen Franken) wird aufgeschoben. Von einer Verzögerung betroffen sind auch Schulhäuser und Sportanlagen. Gestrichen werden schliesslich verschiedene Ausbauten in den Quartieren. Was nach Wunschbedarf riecht, hat längst keine Chance mehr.

## Erneute Niederlage für Giusep Fry

Entscheid des Verwaltungsgerichts

ak. · Im Juni hat das Bundesgericht entschieden, dass Giusep Fry, der Hotelier vom Üetliberg, seine illegal erstellten Bauten bis Anfang Dezember abbrechen muss. Dabei handelt es sich insbesondere um eine Terrassen-Überdeckung. Daran ändert auch das neueste Urteil des Verwaltungsgerichts nichts, das am Dienstag bekanntgeworden ist. Das Gericht hat zwei Beschwerden gegen einen Entscheid des Regierungsrats vom letzten Herbst abgewiesen. Dieser hatte eher überraschend den Gestaltungsplan aufgehoben, der von der Baudirektion erlassen worden war. Mit diesem Gestaltungsplan hätte der Nutzungskonflikt auf dem Gipfel des Zürcher Hausbergs entspannt werden sollen. Der Regierungsrat fand aber, er widerspreche den Schutzziele für die Landschaft Albiskette-Reppischtal. Gleichzeitig bestätigte die Regierung damals den geänderten Richtplaneintrag. Nun hat das Verwaltungsgericht, wie einer Mitteilung von Fry zu entnehmen ist, zum einen die Beschwerde Frys gegen die Aufhebung des Gestaltungsplans, zum andern die Beschwerde des Heimatschutzes gegen die Beibehaltung des neuen Richtplanartikels abgewiesen. Fry akzeptiert den Entscheid.

## Innovative Bildung mit neuen Räumen

Das Zürcher Institut und Gymnasium Unterstrass erweitert seinen Campus

Lernlandschaft statt Hörsaal – was für Schüler und Studierende bereits zum Alltag gehört, wird in Unterstrass nun auch in der Lehrerbildung Realität.

Natalie Avanzino

Zum Lernen braucht es einladende Orte. Dem Institut Unterstrass, das in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule die Lehrerbildung im Kanton Zürich anbietet, ist dies mit seinem Neubau gelungen. Offene, grosszügige Räume mit viel Sichtbeton, dazu Holz und farbige Elemente generieren eine wohliche Atmosphäre im Schulhaus. Beamer für Präsentationen, mobiles Mobiliar für eine flexible Nutzung der Räume, aber auch Althergebrachtes wie die schwarze Wandtafel haben einen Platz im dreistöckigen Gebäude gefunden. Im Erdgeschoss hat eine grosszügige Aula Einzugs gehalten, und im Untergeschoss sind Werkstätten, Platz für Musik und ein Raum der Stille untergebracht. Dieser soll den Studierenden zwar keine Möglichkeit für einen «Power Nap» bieten, aber wer Ruhe suche, solle sie im schlicht ausge-

statteten Raum finden, sagt Jürg Schoch, Direktor Gymnasium und Institut Unterstrass, an einem Rundgang am Dienstag. In den oberen Stockwerken des Minergie-Gebäudes der Architekturbüros ARGE Markwalder aus Brütisellen und Team 4 aus Zürich finden sich eine Lernlandschaft und Schulräume, die bis zu fünfzig Studierende aufnehmen können. Grosse Fensterfronten ermöglichen den Blick auf den Park und das historische Schulgebäude aus dem Jahr 1905.

Nach rund zweijähriger Bautätigkeit entlang der Seminarstrasse im Zürcher Kreis 6 ist in diesen Tagen der Lehrbetrieb aufgenommen worden. Der Neubau der 145-jährigen Privatschule bietet Raum für die Ausbildung von rund 180 Lehrpersonen und Kindergärtnern. «Wir wollten aber nicht nur quantitativ wachsen, sondern auch qualitativ», betont Matthias Gubler, Leiter der Lehrerbildung am Institut. So waren nicht nur mehr, sondern vor allem auch neue Räume gefragt. «Innovative Lernformen bedingen zwangsläufig früher oder später andere Räumlichkeiten», führt Gubler aus. Die mehrfach ausgezeichnete Schule wollte ein Zukunftsprojekt entwerfen, das über die räumlichen Bedürfnisse hinaus auch pädago-

gisch neuartig ist. Das neue Schulhaus würde nun die Möglichkeit bieten, künftige Lehrpersonen so auszubilden, wie diese später auch ihre Klassen unterrichten sollten – interdisziplinär und individualisiert.

Ziel des Bauprojekts war auch eine Entflechtung: Nun sind im historischen Gebäude das Gymnasium und die Mensa unterbracht. Die Lehrerbildung sowie auch der 2011 gegründete Studiengang für Quereinsteiger in den Lehrberuf sind in diesen Wochen in den Neubau eingezogen. In einem weiteren Gebäude ist die Gesamtschule separiert.

Der Ergänzungsbau beanspruchte mit 9,6 Millionen Franken den grössten Teil im Baubudget von insgesamt 12,26 Millionen Franken. Diverse Umbau- und Renovationsarbeiten auf dem Campus waren fällig. So erhielt der Altbau neue Räume für Musik, Kunst und Theater, Ateliers für selbständiges Lernen sowie eine Erdsonden-/Gasheizung. Die Finanzierung wurde durch den Lotteriefonds des Kantons Zürich, kirchliche Institutionen, Stiftungen und private Spender ermöglicht.

Tag der offenen Tür, Samstag, 20. September 2014, 10 bis 17 Uhr, Seminarstrasse 29, 8057 Zürich, Informationen unter [www.unterstrass.edu](http://www.unterstrass.edu).

## Das Pulver zu früh verschossen

Winterthur verpasst eine Chance

Florian Sorg · Keinen halben Tag vor der Präsentation des Winterthurer Budgetentwurfs hatte der Gemeinderat in einer Nachtsitzung eine zweiprozentige Lohnkürzung bachab geschickt. Damit hat er jede Aussicht auf eine umfassende Opfersymmetrie im Keim erstickt und sein Pulver schon vor der Budgetdebatte verschossen. Was bleibt, ist die Wahl zwischen roten und tiefroten Zahlen. Offen ist jetzt allein noch die Frage, ob die Stadt ihr Eigenkapital von derzeit rund 30 Millionen Franken in einem einzigen Jahr halbieren oder mit einer dreiprozentigen Steuerfusserhöhung etwas zögerlicher aufbrauchen soll.

Die Personalverbände sind zufrieden, für den Moment wenigstens. Die Lohnkürzung ist definitiv vom Tisch, aber das gar nicht so allmähliche Verschwinden des Eigenkapitals wird das städtische Personal früher oder später doch tangieren; der Not gehorchend, könnte ein kommender Stellenabbau umso schärfer ausfallen.

Der Stadtrat lässt sich Zeit mit tiefgreifenden Einschnitten. Er hatte immerhin für das kommende Jahr einen Ausweg gesucht und sich zum unpopulären Vorschlag einer Lohnsenkung durchgerungen. Noch vor einem Jahr galt ihm diese Massnahme als Ultima Ratio, nun liess ihn ein vertiefter Blick ins Elend darauf zurückkommen. Zum Scheitern im Parlament mag beigetragen haben, dass die Stadtregierung alles auf eine Karte gesetzt und die Lohnkürzung mit der Bedingung verknüpft hatte, dass auch die Steuern erhöht werden. In der Folge haben die Bürgerlichen im Rat mit dem Zutun zur Bestandwahrung der Lohnbezügler alle Chancen verpasst, ihre Anliegen im Voranschlag zu deponieren. Denn ihrem Gusto entspricht weder eine Steuererhöhung noch ein Defizit in Höhe des halben Eigenkapitals, und eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Letztes Jahr hatten sie Geschlossenheit gezeigt und höhere Steuern verhindert. Dass sie nun nach dem Nein zur Lohnsenkung eine Steuererhöhung explizit den Einsparungen vorziehen, ist nicht anzunehmen.

Die Ausgaben werden weiter steigen, vor allem in Bereichen ausserhalb des städtischen Einflusses. Diese Realität mag ungerecht sein, aber sie zu negieren, bringt einen nicht weiter. Das fehlende Geld fällt kaum vom Himmel – und schon gar nicht aus der Kantonskasse.

## Fragen an Bundesrat zur Stefanini-Stiftung

Stiftungsaufsicht in der Kritik

nic. · Die Eidgenössische Stiftungsaufsicht (ESA) wird sich zu den Vorwürfen der Untätigkeit in Bezug auf Missstände in Bruno Stefaninis Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG) äussern müssen – wenn auch über Umwege. Die Winterthurer SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr hat am Montag eine Interpellation eingereicht, mit der sie den Bundesrat um Informationen zur Tätigkeit der ESA bittet. Die Aufsichtsbehörde ist dem Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements des Innern angegliedert. Fehr will unter anderem wissen, wie die ESA in den letzten Jahren ihre Aufsicht im Fall der SKKG wahrgenommen hat und wie sie den Bestand der Stiftung und deren Wert zu sichern gedenkt. Im Raum steht der Vorwurf, die Stiftungsaufsicht sei untätig geblieben, obschon sie seit 2007 über Missstände informiert gewesen sei (NZZ 11.9.14). Ein Sachwalter der ESA hatte damals in einem Bericht festgehalten, dass die meisten Grundsätze für eine zeitgemässe Führung einer Stiftung bei der SKKG nicht eingehalten würden. Kritisiert wurden vor allem die Lagerung und die fehlende Inventarisierung vieler Objekte. Die ESA wollte sich bisher dazu nicht äussern.